

Wochenspiegel

07. September - 13. September 2019

Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

Der malische Ministerpräsident Boubou Cissé wurde in Paris von Staatspräsident Emmanuel Macron, Premierminister Edouard Philippe, Außenminister Jean-Yves Le Drian und Verteidigungsministerin Florence Parly empfangen. Nachdem sich die Sicherheitslage in Mali in den letzten Monaten dramatisch verschlechtert hat, pochte Le Drian nun auf eine Umsetzung des Friedensabkommens von Algier zwischen der malischen Staatsführung und den bewaffneten Gruppen im Sahel-Gebiet. Frankreich ist im Rahmen der Mission „Barkhane“, der größten französischen Auslandsmission, in der Sahel-Zone aktiv. Seit 2014 kämpfen 4000 bis 4500 Soldaten an der Seite der Armeen von Mali, Niger, Burkina Faso, Tschad und Mauretanien gegen terroristische Gruppen.

Außenminister Jean-Yves Le Drian und Verteidigungsministerin Florence Parly sind zu Gesprächen mit ihren russischen Kollegen nach Russland gereist. Die sogenannten „2+2-Gesprächsrunde zwischen den Außen- und Verteidigungsministern“ war in den 90er-Jahren entstanden, nach der Annexion der Krim 2014 jedoch durch den damaligen Staatspräsidenten François Hollande ausgesetzt worden. Beim Jahresempfang der französischen Botschafter in Paris Ende August hatte Staatspräsident Emmanuel Macron zur Überwindung von „Gewohnheiten und Dogmen“ aufgefordert. Im Vorfeld des Ministerbesuchs telefonierte er mit Wladimir Putin und kündigte in einer Presseerklärung die Fortführung der Beziehungen auf „Grundlage eines gemeinsamen strategischen Fahrplans“ an.

Der Streik in den französischen Notaufnahmen geht weiter. Seit März streiken die Mitarbeiter der Notaufnahmen für Gehaltserhöhungen und mehr Personal. Der Bewegung folgen rund 250 Krankenhäuser in Frankreich. Trotz des von Gesundheitsministerin Agnès Buzyn angekündigten Hilfsplans von 750 Mio. € auf drei Jahren hat das Kollektiv der Notfallstationen „Inter-Urgences“ beschlossen, am 26. September einen weiteren Streiktag durchzuführen. Die kommunistische Gewerkschaft CGT organisierte am Mittwoch eine Demonstration in Paris, an der neben medizinischem Personal auch Feuerwehrleute teilnahm. Die Regierung schloss derweil weitere Zugeständnisse aus.

Schwarzer Freitag in Paris: Die Gewerkschaften des Pariser Verkehrsunternehmens RATP haben zum Streik aufgerufen. Der Streik richtet sich gegen die bevorstehende Rentenreform, aber auch die allgemeinen Arbeitsbedingungen in den Verkehrsbetrieben. 10 der insgesamt 14 Pariser Metrolinien bleiben am 13. September geschlossen, die Vorortzüge, die u.a. die Flughäfen anfahren, werden nur zu den Kernzeiten verkehren. Experten gehen bereits von einer völligen Stilllegung der Hauptstadt aus und vergleichen die Situation mit 1995, als eine angekündigte Reform des Rente- und Sozialsystems zu wochenlangen Protesten führte. Das Pariser Verkehrsunternehmen RATP hat für den Streiktag derweil Partnerschaften mit Anbietern alternativer Verkehrsmittel abgeschlossen. Autofahrer können ihre Fahrzeuge am Stadtrand zu vergünstigten Tarifen parken und dann kostenlos mit E-Roller oder Leihfahrrad ins Zentrum fahren.

Ein vermeintliches Regierungsschreiben über die Anerkennung von Kindern, die im Ausland im Rahmen einer Leihmutterschaft geboren wurden, ist in die Kritik geraten. Die französische Justizministerin Nicole Belloubet dementierte, dass ein solches Schreiben in Vorbereitung sei. Der Radiosender France Info bestätigte hingegen, dass mehrere Regierungsmitglieder für die Anerkennung plädiert hätten. In zehn Tagen wird eine Entscheidung des Kassationsgerichts zu der Frage erwartet. Es wird höchstwahrscheinlich im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stehen, das europäische Länder dazu auffordert, die Kinder automatisch anzuerkennen. Kritiker befürchten, dass die Anerkennung zwangsläufig auch zu einer Legalisierung von

Leihmutterschaften in Frankreich führen wird. Derzeit diskutiert die Nationalversammlung über ein Gesetz, das künstliche Befruchtung für alle Frauen – unabhängig von ihrem Familienstand – legalisieren soll.

Seite 2/2

Am vergangenen Samstag führten zwei Frauen das Gebet in einer Pariser Moschee; eine Premiere in Frankreich. Die beiden Imane Eva Janadin und Anne-Sophie Monsinay versammelten etwa sechzig gläubige Männer und Frauen, um gemeinsam auf Arabisch und Französisch zu beten. Der nächste Schritt soll nun die Gründung einer Moschee sein. In Frankreich haben sich in den letzten Monaten mehrere liberale Moscheeprojekte gebildet, die dem radikalen Islam den Kampf angesagt haben.

Die Städte Paris, Lille, Nantes, Grenoble und Clermont-Ferrand verbieten seit Donnerstag den Einsatz von Pestiziden. Bereits seit 2017 hatte das Gesetz den Gemeinden verboten, Pestizide zur Erhaltung von Grünflächen einzusetzen. Das gleiche Verbot gilt seit Januar 2019 auch für Einzelpersonen. Ziel der neuen Initiative ist es, Unternehmen, insbesondere die staatliche Eisenbahngesellschaft SNCF, zu zwingen, auf den Einsatz von Glyphosat, das massiv zur Unkrautvernichtung zwischen den Gleisbetten verwendet wird, zu verzichten. Auch die Regierung hat das Thema Pestizide derzeit auf der Agenda stehen. Sie erwägt, den Mindestabstand zwischen Wohngebäuden und Pestizideinsatzgebieten auf fünf oder zehn Meter festzulegen. Eine öffentliche Anhörung läuft noch bis zum 1. Oktober.



DIE ZAHL DER WOCHE

130

Das ist die Anzahl der Porträts des französischen Staatspräsidenten, die seit Anfang des Jahres gestohlen wurden. Acht Umweltaktivisten und ein Videokünstler wurden am Mittwoch in Paris vor Gericht gestellt, weil sie in Rathäusern das Porträt von Emmanuel Macron abgenommen und entwendet hatten. Die Angeklagten bezeichneten die Aktion als Akt des „zivilen Ungehorsams“, der die Öffentlichkeit auf die „klimatische und ökologische Untätigkeit“ des Präsidenten aufmerksam machen soll.